

Die Ukraine galt nur als Waffe gegen den Feind

Martin Schulze Wessel erzählt die Geschichte der deutsch-ukrainischen Beziehungen. Von Ulrich M. Schmid

Die Ukraine lag lange Zeit im toten Winkel der politischen Aufmerksamkeit in Deutschland. Martin Schulze Wessel schaut nun in seinem sorgfältig recherchierten Buch «Die übersehene Nation» genauer hin. Der Münchner Osteuropahistoriker beginnt seinen Überblick mit Vertretern der eigenen Zunft.

Im Oktober 1906 traf der junge deutsche Historiker Otto Hoetzsch seinen ukrainischen Kollegen Michailo Hruschewski im damals noch österreichischen Lemberg. Hruschewski hatte 1898 den ersten Band einer monumentalen «Geschichte der Ukraine-Rus» veröffentlicht und damit die offizielle russische Geschichtsschreibung herausgefordert, die das Zarenreich in der Nachfolge der Kiewer Rus aus dem zehnten Jahrhundert sehen wollte.

Schon im Frühjahr 1906 war eine deutsche Übersetzung des ersten Bandes von Hruschewskis Werk erschienen. Hoetzsch rezensierte diese Übersetzung in überschwänglichen Worten, obwohl der deutsche Titel «Geschichte des ukrainischen (ruthenischen) Volkes» fälschlicherweise suggerierte, es handle sich hier um die Geschichte einer ethnischen Gruppe. Schulze Wessel hält fest, dass die deutschen Osteuropahistoriker erst im Jahr 1906 begannen, die Ukraine als eine eigene Nation zu betrachten.

Deutsche Politiker konzentrierten sich bereits im 19. Jahrhundert ausschliesslich auf Russland. Bismarck hatte seit 1857 Preussen für vier Jahre als Botschafter in St. Petersburg vertreten und sprach gut Russisch. Seine russlandfreundliche Politik als Reichskanzler verdankt sich auch dieser Erfahrung. Von einer «Theilung zwischen Gross- und Kleinrussen» hielt er nichts.

Wie eine Besatzungsmacht

Schulze Wessel hätte auch auf Friedrich Engels verweisen können, der 1855 in einer Reihe von Artikeln den «geschichtslosen Völkern» in Osteuropa, unter diesen auch explizit die Ukrainer, das Recht auf eine eigene Nation abgesprochen hatte. Erst 1929 legte der Exilukrainer Roman Rosdolski in Wien eine umfassende Kritik dieser marxistischen Verirrung vor. Pikanterweise entwerteten also sowohl die rechten als auch die linken Kräfte im deutschen politischen Spektrum das ukrainische Nationalprojekt.

Der Erste Weltkrieg wurde zum Urknall für viele osteuropäische Nationalstaaten. Nun geriet auch die Ukraine in das Blickfeld deutscher Machtpolitiker – allerdings nicht als zukünftiger Staat auf Augenhöhe, sondern als Waffe gegen den Feind im Osten. Entsprechend ambivalent gestaltete sich der Friedensvertrag Deutschlands mit der neu gegründeten ukrainischen Volksrepublik im Februar 1918. Dieser «Brotfrieden» wurde einen Monat vor dem viel bekannteren Frieden mit Sowjetrussland ebenfalls in Brest-Litowsk geschlossen. Deutschland erhielt für die Anerkennung des ukrainischen Staates umfangreiche Getreidelieferungen aus der Ukraine. Allerdings benahm sich Deutschland bald nicht mehr wie ein völkerrechtlicher Vertragspartner, sondern wie eine Besatzungsmacht.

Es erstaunt deshalb nicht, dass Deutschland bald in der Ukraine den Hetman Pawlo Skoropadsky als Marionette installierte. Letztlich war diese Entscheidung allerdings ein Missverständnis auf allen Seiten: Deutschland wollte einen ukrainischen Vizekönig, Skoropadsky hingegen brachte als ehemaliger russischer General wenig Verständnis für einen selbständigen ukrainischen Nationalstaat auf.

Nach der Machtergreifung instrumentalisierte das Naziregime zunächst den Holodomor für seine antibolschewistische Propaganda. Die Hungerkatastrophe in der Ukraine forderte Millionen von Opfern und entfaltete eine genozidale Wirkung. 1937 erhob Wilhelm Cana-



Ambivalente Ostpolitik: Bundeskanzlerin Angela Merkel und der russische Ministerpräsident Wladimir Putin im Januar 2009 in Berlin.

GERO BREILOER / EPA

ris, der Chef des Militärnachrichtendienstes, die Ukraine zu einem «strategischen Ziel erster Güte». Die Ukraine stelle eine «Achillesferse» Polens und der Sowjetunion dar und könne deshalb für deutsche Ziele instrumentalisiert werden.

Das rote Tuch

In der Tat verstärkte sich im Vorfeld des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion die Zusammenarbeit mit der faschistischen «Organisation ukrainischer Nationalisten». Ukrainische Einheiten wurden aufgestellt, die an der Seite der deutschen Besetzer gegen die Rote Armee kämpfen sollten. Es gab allerdings Probleme bei der Eidesformel: Die kollaborierenden Ukrainer in den Bataillonen «Roland» und «Nachtigall» weigerten sich, Adolf Hitler Treue zu schwören, und verpflichteten sich nur zur Bekämpfung des Bolschewismus und zur Befreiung der Ukraine.

Wie schon im Ersten Weltkrieg stellte eine unabhängige Ukraine für die Deutschen ein rotes Tuch dar. Als der Nationalistenführer Stepan Bandera Ende Juni 1941 in Lemberg einen ukrainischen Staat ausrufen liess, wurde er verhaftet und verbrachte den Rest des Weltkriegs als «Ehrenhäftling» im KZ Sachsenhausen. Immerhin gab es in der Parteiführung mit Alfred Rosenberg einen Vertreter einer ukrainophilen Linie. Rosenberg war als Untertan des Zaren in Reval geboren worden und sprach fließend Russisch.

Im Juli 1941 befürwortete er eine «kulturelle Betreuung» der Ukraine. Er wollte «das Geschichtsbewusstsein der Ukrainer wecken» und sprach sich sogar für die Gründung einer Universität in Kiew aus. Reichsmarschall Göring hielt Widerrede und plädierte dafür, zuerst die deutsche Versorgung durch ukrainische Lebensmittel sicherzustellen. Er wunderte sich explizit darüber, dass Rosenberg «er-

staunlich viel» für die Ukrainer übrig habe. Für Göring waren sie nur «weisse Neger». Der Führer beendete alle Debatten darüber, was mit der Ukraine zu tun sei, mit einer knappen Formel: «1. beherrschen, 2. verwalten, 3. ausbeuten».

Im Westdeutschland der achtziger Jahre gab es klare Unterschiede zwischen der Ukraine-Politik der SPD und jener der CDU/CSU. Kurz nach seiner Abwahl als Bundeskanzler hielt Helmut Schmidt 1983 an einem Parteitag eine Rede, in der er an die zwanzig Millionen Opfer der deutschen Aggression in der Sowjetunion erinnerte. Besonders hob er die Toten der «russischen Stämme» hervor. Die schon damals anachronistische Formulierung ist bemerkenswert: Schmidt bemühte sich angestrengt, keinen Geschichtsrevisionismus zu betreiben, und hielt sich eng an das sowjetische Siegesnarrativ, in dem die Ukrainer und die Weissrussen bestenfalls als «russische Stämme» auftauchen.

«Vernichtungskrieg»

Möglicherweise war diese Antwort Ausdruck einer persönlichen Schuld: Helmut Schmidt hatte im Zweiten Weltkrieg an der Ostfront gekämpft und – wie er selbst zugab – in «Russland» Soldaten und Zivilisten getötet. 2014 gehörte er zu den prominentesten Putin-Verstehern in Deutschland und verneinte die Existenz einer ukrainischen Nation. Franz Josef Strauss war 1941 in der Ukraine Zeuge deutscher Massensterben an der ukrainischen und jüdischen Zivilbevölkerung geworden.

Bereits in den achtziger Jahren sprach Strauss in seinen Erinnerungen deshalb von einem «deutschen Vernichtungskrieg» – Schulze Wessel hebt hervor, dass dieser Begriff damals noch nicht verbreitet war. Aus dieser Zeit stammt auch eine Rede, in der Strauss das «ukrainische Volk» als «natürlichen Partner unseres bayrischen Volks» bezeichnete. Schulze Wessel deutet diese Verbrüderungsphantasie als Ausdruck eines gemeinsamen Antikommunismus. Wahrscheinlicher ist jedoch eine Spitze gegen den Moskauer und Berliner Führungsanspruch in den beiden Bundesstaaten. Ganz im Gegensatz zur beschwichtigenden «Ostpolitik» seines Rivalen Willy Brandt forderte Strauss immer eine harte Position gegenüber Moskau.

Während der chaotischen Endphase der Sowjetunion witterte Helmut Kohl eine historische Chance für die deutsche Wiedervereinigung. Die innersowjetischen Krisen des Jahres 1990 nahm Kohl nur unter einem Gesichtspunkt wahr: Wie konnte er sich die Gunst Gorbatschows sichern, solange dieser überhaupt noch handlungsfähig war?

Schulze Wessel hebt hervor, dass die Ukraine in dieser Konzeption nur als «Störfaktor» vorkam. Ein ukrainischer Separatismus hätte die deutsche Wiedervereinigung behindern können. Deshalb versuchte Kohl so schnell wie möglich, «die Ernte einzufahren». Seine Nachfolgerin Angela Merkel misstrauete zwar Putin grundsätzlich, ging aber nach der Annexion der Krim viel zu schnell zur Tagesordnung über. Sie wiederholte nach 2015 gebetsmühlenartig, bei Nord Stream 2 handle es sich um ein rein «wirtschaftliches» Projekt.

Schulze Wessel bezeichnet Merkels Ukraine-Politik als «ambivalent». Ähnliches gilt für Olaf Scholz auch, der zwar die epochale Bedeutung des offenen russischen Überfalls überzeugend als «Zeitenwende» charakterisierte, aber zu wenig entschlossen für die Verteidigung der Ukraine eintrat. Martin Schulze Wessels Buch ist ein Augenöffner für die historischen Linien, die zur heutigen deutschen Ukraine-Politik führen.

Martin Schulze Wessel: Die übersehene Nation. Deutschland und die Ukraine seit dem 19. Jahrhundert. C. H. Beck, München 2025. 288 S., Fr. 42.90.

Deutsche Politiker konzentrierten sich bereits im 19. Jahrhundert ausschliesslich auf Russland.